

Stellungnahme zur neuen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und der Bundeswehr: „Nicht das Kind mit dem Bade ausschütten!“



Aufgrund der Resonanz, welche die kürzlich geschlossene neue Kooperationsvereinbarung (http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/Kooperationsvereinbarung_Schulen_NRW_2012.pdf#Kooperationsvereinbarung)

in der überregionalen Presse

(http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article109781783/Bundeswehr-verliert-Redehoheit.html) erlangt hat, möchte ich zunächst meiner Zuversicht Ausdruck verleihen, dass unsere Lehrer in Münster diese neue Vereinbarung nicht in der Weise verstehen werden, dass Unterrichtsbesuche von Jugendoffizieren der Bundeswehr nur noch dann möglich sein sollen, wenn Vertreter von Friedensinitiativen ebenfalls und gleichzeitig anwesend sind. Abgesehen davon, dass dies in der Vereinbarung so auch nicht steht, würde eine solche Verpflichtung nicht nur den Lehrern einen hohen Organisationsaufwand aufbürden, sondern auch dazu führen, dass immer weniger Besuche in Schulen stattfänden, denn die vielen Besuche, die hauptamtliche Jugendoffiziere im Jahr durchführen, könnten von den Friedensinitiativen wohl nicht begleitet werden.

Abgesehen davon wäre es auch komisch, wenn der Besuch eines Vertreters unseres Staates bei einer anderen staatlichen Institution von der gleichzeitigen Anwesenheit eines Vertreters eines Vereins abhängen würde.

Ganz zu schweigen davon, dass diese Interpretation davon zeugt, dass man unseren Lehrern wohl nicht zutraut, im Politik-Unterricht den Beutelsbacher Konsens umzusetzen (http://de.wikipedia.org/wiki/Beutelsbacher_Konsens).

Jugendoffiziere sind keine Militaristen – das muss man wissen – sondern stellen die Bundeswehr als Organisation und ihren Auftrag vor. Sie diskutieren die aktuelle Sicherheitspolitik vornehmlich mit Jugendlichen und sind dabei auch selbst dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet.

Und wie sähe es mit den bei vielen Lehrern und Schülern beliebten mehrtägigen Bildungsreisen nach Berlin, den sicherheitspolitischen Seminaren und Planspielen zu Politik und internationaler Sicherheit (Pol&IS) aus? Eine permanente Anwesenheit bei diesen Veranstaltungen dürfte für die anderen Organisationen kaum leistbar sein.

Das Landesministerium hat aber auch darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, die Bundeswehr von der Schule fernzuhalten, sondern das Spektrum zur Förderung der Meinungsbildung zu vergrößern. Das können die Lehrer u.a. auch dadurch gewährleisten, dass sie den Schülern in Fällen, wenn nur der Jugendoffizier Zeit hat, andere Sichtweisen mit entsprechendem Material und Recherchen im Internet näher bringen. Aus meiner Zeit als Jugendoffizier weiß ich noch sehr gut, dass sich die Lehrer in und um Münster sehr für eine ausgewogene Behandlung sicherheitspolitischer Themen im Unterricht engagiert haben und die hat es auch bei meinen eigenen Besuchen gegeben.

Die Koppelung an eine gleichzeitige persönliche Anwesenheit eines Vertreters von Friedensinitiativen ginge meines Erachtens zu weit und würde den sicherheitspolitischen Diskurs,

den wir viel mehr und auch außerhalb der Schule führen sollten, stark behindern und so das Kind mit dem Bade ausschütten.

Bedauerlich ist, dass die neue Kooperationsvereinbarung auf das Thema der Lehrerweiterbildung überhaupt nicht mehr eingeht. Jugendoffiziere sind auch in diesem Bereich aktiv und konnten für Teilnehmer entsprechender Weiterbildungen auch Credits vergeben. Sie sind auch gefragte Partner bei den Studienseminaren zur Lehrerweiterbildung. Ist nun erlaubt was nicht verboten ist oder verboten was nicht in der Vereinbarung genannt ist? Das wird noch zu klären sein.

Marc Würfel-Elberg

Leiter Arbeitskreis Außen-, Sicherheitspolitik und Europa CDU Münster, www.ak-aussen.de